

**Beschlussempfehlung
an die Stadtverordnetenversammlung**

10. Mai 2023
1 von 2

Digitale Parkausweise

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der B90/Grüne, CDU und FDP
- 101.19.762 -

Berichtersteller/-in: Stadtverordnete Schirmer

Geänderter Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der ~~Magistrat~~ **Oberbürgermeister als Straßenverkehrsbehörde** wird ~~aufgefordert~~ **gebeten**, alle Arten von Park-Ausnahmegenehmigungen (z. B. das Parken von Handwerksbetrieben, Pflegediensten, das Anwohnerparken) zu digitalisieren. Die Kommunikation zwischen Ämtern und Parkberechtigten soll über eine digitale Plattform vollständig online möglich sein. Dazu sollen alle technischen und administrativen Voraussetzungen geschaffen werden, damit alle Arten von Ausnahmeparkgenehmigungen bis zum ~~30.09.2023~~ **Jahresende** digital erteilt werden können. Im Zuge dieser Maßnahmen sollen die unterschiedlichen Ausnahmegenehmigungen nach Möglichkeit vereinheitlicht und vereinfacht werden.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit und Digitalisierung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: SPD, DIE LINKE
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten gemeinsamen Antrag der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP betr. Digitale Parkausweise, 101.19.762, wird **zugestimmt**.

➤ **Änderungsantrag**

2 von 2

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, alle Arten von Park-Ausnahmegenehmigungen (z. B. das Parken von Handwerksbetrieben, Pflegediensten, das Anwohnerparken) **zusätzlich zu einer analogen Möglichkeit** zu digitalisieren. Die Kommunikation zwischen Ämtern und Parkberechtigten soll über eine digitale Plattform vollständig online möglich sein. Dazu sollen alle technischen und administrativen Voraussetzungen geschaffen werden, damit alle Arten von Ausnahmeparkgenehmigungen bis zum 30.09.2023 digital erteilt werden können. Im Zuge dieser Maßnahmen sollen die unterschiedlichen Ausnahmegenehmigungen nach Möglichkeit vereinheitlicht und vereinfacht werden.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit und Digitalisierung fasst bei

Zustimmung: DIE LINKE

Ablehnung: B90/Grüne, SPD (1), CDU, FDP, AfD

Enthaltung: SPD (2)

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE betr. Digitale Parkausweise, 101.19.762, wird **abgelehnt**.

Holger Augustin
Vorsitzender

Sabine John
Schriftführerin